

**HypoVereinsbank. Nachtrag vom 30. Juni 1999
gemäß § 11 des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes
zum Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 3. Mai 1999
und den Nachträgen vom 20. Mai 1999 und 31. Mai 1999**

**EUR 200.000.000,-
Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung
von 1999/2011**

**(Aufstockung der
EUR 300.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler
Verzinsung von 1999/2011 um EUR 200.000.000,- auf insge-
samt EUR 500.000.000,-)**

begeben durch die

Banque Internationale à Luxembourg S.A. als Treuhänder

zur Finanzierung einer Stillen Einlage bei der

HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg

**Bayerische
Hypo- und Vereinsbank AG
München**

HypoVereinsbank



Wichtige Informationen über Risiken bei Stillen Beteiligungsscheinen

Dieser Verkaufsprospekt ersetzt nicht die in jedem Fall unerläßliche Beratung durch Ihre Hausbank.

Risikohinweis

Als Käufer des hier beschriebenen variabel verzinslichen Stillen Beteiligungsscheins sollten Sie unbedingt folgende Zusammenhänge beachten:

- Mit dem Kauf von Stillen Beteiligungsscheinen leisten Sie indirekt eine Vermögenseinlage bei der HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme und werden mittelbar über die vereinbarten Zinszahlungen am Gewinn der HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme beteiligt. Erwirtschaftet die HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme in einem Geschäftsjahr einen Verlust, kann dies dazu führen (falls nicht, wozu jedoch keine Verpflichtung besteht, ausschüttungsfähige Rücklagen zur Leistung der Zinszahlungen verwendet werden), daß Ihnen kein Zinsertrag für das betreffende Jahr zufließt. Eine nicht erfolgte Ausschüttung wird auch bei wieder verbesserter Ertragslage nicht nachgeholt. Darüber hinaus kann eine Verlustbeteiligung eintreten, die den Wert Ihres Stillen Beteiligungsscheines unter dessen Nominalwert verringert (siehe § 5 Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine). Erfolgt bis zum Laufzeitende keine Wiederaufholung der Verlustbeteiligung, kommt nur der verringerte Wert der Stillen Beteiligungsscheine zur Rückzahlung (siehe § 4 Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine). Die jährlichen Zinszahlungen und die Rückzahlung stehen ferner unter dem Vorbehalt, daß die Bank die Luxemburger Anforderungen an Kapitaladäquanz und Eigenkapital erfüllt und, im Hinblick auf Zinszahlungen in den Jahren 2010 und 2011 sowie die Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine, die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG auch nach derartigen Zahlungen die gesetzlichen Anforderungen für die Ausstattung mit Eigenmitteln in Deutschland weiterhin erfüllt.

Marktwert

Der Marktwert der Stillen Beteiligungsscheine hängt nicht nur von der Bonität der HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme, sondern auch vom Markt-Zinsniveau (insbesondere Änderungen des EURIBOR-Satzes für 12 Monate) bzw. den allgemeinen Zinserwartungen ab.

Keine Haftung der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG

Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG haftet nicht für Zinszahlungen auf die Stillen Beteiligungsscheine oder die Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine.

Weitere Beteiligungen

Der Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung zwischen dem Treuhänder und der Bank schränkt die Bank grundsätzlich nicht in der Annahme weiterer stiller Beteiligungen oder der Ausgabe sonstiger Kernkapitalinstrumente, die mit den Ansprüchen des Treuhänders aus dem Vertrag über stille Gesellschaftsbeteiligung mit der Bank gleichrangig sind (siehe § 7(b) der Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine). Die Bank kann daher grundsätzlich weitere stille Beteiligungen annehmen oder sonstige Kernkapitalinstrumente begeben, die einen mit den Ansprüchen des Treuhänders gleichrangigen Anspruch auf Beteiligung am Gewinn der Bank begründen. Falls der Gewinn der Bank für ein Geschäftsjahr nicht ausreicht, um sämtliche Ansprüche des Treuhänders aus dem Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung sowie die Ansprüche gleichrangiger Gläubiger der Bank zu befriedigen, schuldet die Bank lediglich anteilige Zahlungen an den Treuhänder sowie die Inhaber der anderen stillen Beteiligungen und sonstigen Kernkapitalinstrumenten der Bank.

Durchsetzung von Ansprüchen

Die Inhaber der Stillen Beteiligungsscheine haben keine unmittelbaren Ansprüche gegen die Bank. Sollte die Bank ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung zwischen dem Treuhänder und der Bank nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, so kann ein Inhaber von Stillen Beteiligungsscheinen nicht unmittelbar gegen die Bank gerichtlich vorgehen. Unter bestimmten Voraussetzungen wird der Treuhänder jedoch die Ansprüche eines Inhabers von Stillen Beteiligungsscheinen gegen die Bank durchsetzen (siehe § 5 Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine). Nach Luxemburger Recht hat ein Inhaber von Stillen Beteiligungsscheinen unter bestimmten Umständen ein Recht, mittelbar anstelle des Treuhänders gegen die Bank gerichtlich vorzugehen (sog. *action oblique*). Ein derartiges Gerichtsverfahren richtet sich nach den dafür geltenden Vorschriften des Luxemburger Rechts und kann nur bei einem Luxemburger Gericht erhoben werden.

Finanzierung des Erwerbs von Stillen Beteiligungsscheinen

Sollten Sie sich zum Erwerb von Stillen Beteiligungsscheinen entscheiden, so sollte das eingesetzte Kapital aus überschüssigen Eigenmitteln stammen, um etwaige Verluste tragen zu können.

Sollten Sie dennoch den Erwerb der Stillen Beteiligungsscheine durch die Aufnahme von Fremdmitteln z.B. eines Darlehens finanzieren, so stellen Sie vorher sicher, daß Sie im Falle eines Verlustes die Zinsen und das Kapital weiter bedienen können.

Hinweis

Bitte lesen Sie vor dem Kauf der Stillen Beteiligungsscheine die nachstehend abgedruckten Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine und lassen Sie sich von Ihrer Hausbank beraten. Außerdem sollten Sie sich zu diesem Nachtrag den unvollständigen Verkaufsprospekt vom 3. Mai 1999 und die beiden Nachträge vom 20. Mai 1999 und 31. Mai 1999 durch Ihren Bankberater aushändigen lassen.

Hinweis

Dieser Nachtrag sollte nur im Zusammenhang mit dem gemäß § 10 des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes in unvollständiger Form erstellten Verkaufsprospekt vom 3. Mai 1999 sowie den Nachträgen vom 20. Mai 1999 und 31. Mai 1999 gelesen werden. Der Unvollständige Verkaufsprospekt wird zusammen mit den Nachträgen vom 20. Mai 1999 und 31. Mai 1999 und diesem Nachtrag bei der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Dokumentation Kapitalmärkte (MSE 4), Arabellastraße 12, 81925 München, sowie bei der HypoVereinsbank Luxembourg S. A., Abteilung Privatkundengeschäft, Rue Alphonse Weicker 4, 2721 Luxemburg, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Gegenstand des Nachtrages

Dieser Nachtrag enthält Informationen zur Aufstockung der EUR 300.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 (wie im unvollständigen Verkaufsprospekt vom 3. Mai 1999 und den beiden Nachträgen vom 20. Mai 1999 und 31. Mai 1999 beschrieben) um weitere EUR 200.000.000,- auf insgesamt EUR 500.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011. Dazu werden die Angaben unter den Allgemeinen Informationen des unvollständigen Verkaufsprospekts (inklusive Nachträge) aufgrund der Aufstockung nachgetragen. Die Informationen über Risiken bei Stillen Beteiligungsscheinen werden unverändert in diesem Nachtrag wiederholt. Zudem enthält dieser Nachtrag die Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine für die weiteren EUR 200.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 (Aufstockung der EUR 300.000.000,-Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 um EUR 200.000.000,- auf insgesamt EUR 500.000.000,-) („EUR 200 Mio Stille Beteiligungsscheine“). Ferner wurden die Angaben auf der Seite 22 des unvollständigen Verkaufsprospekts "Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung" nachgetragen.

Alle Seitenangaben beziehen sich auf den Unvollständigen Verkaufsprospekt vom 3. Mai 1999.

Allgemeine Informationen

Seite 3

Übernahme und Verkauf

Die Stillen Beteiligungsscheine werden von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG und der HypoVereinsbank Luxembourg S.A. übernommen und vom 19. Mai 1999 bis 2. Juni 1999 an zum Kurs von 100,25 % freibleibend zum öffentlichen Verkauf in Deutschland und in Luxemburg angeboten.

Wird wie folgt nachgetragen:

Die weiteren EUR 200 Mio Stillen Beteiligungsscheine werden von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG übernommen und vom 5. Juli an zum Kurs von 100,25 % zuzüglich Stückzinsen (anteilige Gewinnbeteiligung) vom 7. Juni 1999 an freibleibend zum öffentlichen Verkauf in Deutschland und Luxemburg angeboten.

Seite 4

Verbriefung und Lieferung

Die Stillen Beteiligungsscheine sind in einem Inhaber-Sammelbeteiligungsschein verbrieft, der am 7. Juni 1999 bei der Deutsche Börse Clearing AG hinterlegt wird.

Wird wie folgt geändert:

Die weiteren EUR 200 Mio Stillen Beteiligungsscheine sind in einem Inhaber-Sammelbeteiligungsschein verbrieft, der am 9. Juli 1999 bei der Deutsche Börse Clearing AG hinterlegt wird.

Seite 5

Verwendung des Emissionserlöses

Der Nettoemissionserlös, den die Bank in Form einer Stillen Einlage vom Treuhänder aus der Begebung der Stillen Beteiligungsscheine erhält, beträgt bis zu ca. EUR 290 Mio.

Der Nominalbetrag der Emission der Stillen Beteiligungsscheine i.H.v. bis zu EUR 300 Mio stellt sowohl Kernkapital (Tier 1) nach dem Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bank als auch Kernkapital (Tier 1) für den HypoVereinsbank-Konzern nach den deutschen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf konsolidierter Basis dar.

Wird wie folgt nachgetragen:

Der Nettoemissionserlös, den die Bank in Form einer Stillen Einlage vom Treuhänder aus der Begebung der weiteren EUR 200 Mio Stillen Beteiligungsscheine erhält, beträgt ca. EUR 194,0 Mio.

Wird wie folgt nachgetragen:

Der Nominalbetrag der Emission der weiteren EUR 200 Mio Stillen Beteiligungsscheine stellt sowohl Kernkapital (Tier 1) nach dem Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bank als auch Kernkapital (Tier 1) für den HypoVereinsbank-Konzern nach den deutschen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf konsolidierter Basis dar.

Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine

EUR 200.000.000,-

Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011

(Aufstockung der EUR 300.000.000,- Stille Beteiligungsscheine von 1999/2011 um EUR 200.000.000,- auf insgesamt EUR 500.000.000,-)

§ 1

Allgemeine Bestimmungen (Seite 9)

... im Nennbetrag von insgesamt EUR 300.000.000 („Euro“) ...

Wird wie folgt nachgetragen:

... im Nennbetrag von insgesamt EUR 200.000.000 („Euro“) (Aufstockung der EUR 300.000.000 Stille Beteiligungsscheine von 1999/2011 um EUR 200.000.000 auf insgesamt EUR 500.000.000)

...ist in 60.000 Anteilsscheine

Wird wie folgt nachgetragen:

... ist in 40.000 Anteilsscheine

... Vertrag über stille Gesellschaftsbeteiligung (EUR 300.000.000) vom 2. Juni 1999

Wird wie folgt nachgetragen:

... Vertrag über stille Gesellschaftsbeteiligung (Aufstockung um EUR 200.000.000) vom 6. Juli 1999

§ 2

Der Treuhandvertrag (Seite 9)

... Vermögenseinlage in Höhe von EUR 300.000.000

Wird wie folgt nachgetragen:

... Vermögenseinlage in Höhe von EUR 200.000.000 (Aufstockung der Vermögenseinlage von EUR 300.000.000 um EUR 200.000.000 auf insgesamt EUR 500.000.000)

Vorstehend sind nur die Änderungen unter § 1 „Allgemeine Bedingungen“ und § 2 „Der Treuhandvertrag“ der EUR 200 Mio Stille Beteiligungsscheine im Vergleich zur Emission der EUR 300 Mio Stillen Beteiligungsscheine vom 7. Juni 1999 wiedergegeben.

Die vollständigen Bedingungen der EUR 200.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 (Aufstockung der EUR 300.000.000,- Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 um EUR 200.000.000,- auf insgesamt EUR 500.000.000,-) sind auf den Folgeseiten wiedergegeben.

Bedingungen der Stillen Beteiligungsscheine

EUR 200.000.000 Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 (Aufstockung der EUR 300.000.000 Stille Beteiligungsscheine um EUR 200.000.000 auf insgesamt EUR 500.000.000)

§1

Allgemeine Bestimmungen

Die durch die Banque Internationale à Luxembourg S.A. (die „Treuhänderin“) im Nennbetrag von insgesamt EUR 200.000.000 („Euro“) Stille Beteiligungsscheine mit variabler Verzinsung von 1999/2011 (Aufstockung der EUR 300.000.000 Stille Beteiligungsscheine um EUR 200.000.000 auf insgesamt EUR 500.000.000) auf treuhänderischer Grundlage begebene Emission der Stillen Beteiligungsscheine ist in 40 000 Anteilsscheine (die „Stillen Beteiligungsscheine“) im Nennbetrag von jeweils EUR 5.000 (der „Nennbetrag“) eingeteilt. Die Stillen Beteiligungsscheine sind Ausdruck eines Treuhandvertrags zu den nachstehenden Bedingungen (der „Treuhandvertrag“) zwischen den Inhabern der Stillen Beteiligungsscheine (die „Anteilsinhaber“) und der Treuhänderin. Jeder Stille Beteiligungsschein verbrieft eine anteilige wirtschaftliche Beteiligung (i) an einer Vermögenseinlage (die „Vermögenseinlage“), die die Treuhänderin auf treuhänderischer Grundlage aufgrund einer stillen Gesellschaft am Handelsgewerbe der HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme (die „Bank“), einem Luxemburger Kreditinstitut und einer Tochtergesellschaft der Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (die „Muttergesellschaft“), einem deutschen Kreditinstitut, mit dem Erlös aus der Begebung der Stillen Beteiligungsscheine geleistet hat, und (ii) an allen Beträgen, die von der Bank im Hinblick auf die stille Beteiligung (einschließlich von zusätzlichen darauf zahlbaren Beträgen) zu zahlen sind. Die Stillen Beteiligungsscheine werden durch die Treuhänderin gemäß dem Erlaß des Großherzogtums Luxemburg vom 19. Juli 1983 (der „Erlaß des Großherzogtums“) begeben, und jeder Stille Beteiligungsschein begründet einen Treuhandvertrag zwischen dem Inhaber des Anteilsscheins und der Treuhänderin gemäß dem Erlaß und unterliegt aufgrund des Erlasses den hierin enthaltenen Bestimmungen (die „Bedingungen“). Die Treuhänderin hat die stille Beteiligung am Handelsgewerbe der Bank gemäß dem Vertrag über stille Gesellschaftsbeteiligung (Aufstockung um EUR 200.000.000) vom 7. Juli 1999 (der „Beteiligungsvertrag“) zwischen der Treuhänderin und der Bank erworben. Der Beteiligungsvertrag unterliegt deutschem Recht, mit Ausnahme der Bestimmungen betreffend (i) den Status der Ansprüche der Treuhänderin im Falle der Auflösung der Bank und (ii) der Rechtsstellung der stillen Gesellschafterin als Treuhänderin, welche Luxemburger Recht unterliegen.

§2

Der Treuhandvertrag

Der ausschließliche Zweck der Begebung der Stillen Beteiligungsscheine besteht darin, der Treuhänderin die Mittel für die Vermögenseinlage in Höhe von EUR 200.000.000 (Aufstockung der Vermögenseinlage von EUR 300.000.000 um EUR 200.000.000 auf insgesamt EUR 500.000.000) (der „Ursprüngliche Einlagebetrag“ und, wie von Zeit zu Zeit vermindert und wieder erhöht, wie in § 5 beschrieben, der „Einlagebetrag“) zu beschaffen. Nach Leistung der Vermögenseinlage ist die Bank verpflichtet, die Treuhänderin gemäß dem Beteiligungsvertrag an den Gewinnen der Bank zu beteiligen (die „Gewinnbeteiligung“) und die Vermögenseinlage gemäß dem Beteiligungsvertrag zurückzuzahlen, vorbehaltlich einer möglichen Verminderung der Vermögenseinlage infolge der Beteiligung der Treuhänderin an den Verlusten der Bank (die „Verlustbeteiligungen“). Die Stillen Beteiligungsscheine verbrieften die anteilige Beteiligung der Anteilsinhaber an der Vermögenseinlage und sämtlichen Zahlungen der Bank auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung. Die einzige Verpflichtung der Treuhänderin besteht darin, die Zahlungen auf die Gewinnbeteiligung und die Rückzahlung der Vermögenseinlage, sobald und soweit die Treuhänderin diese erhalten hat, an die Anteilsinhaber durchzuleiten und die stille Beteiligung auf Risiko und für Rechnung der Anteilsinhaber ordnungsgemäß zu verwalten.

Die Stillen Beteiligungsscheine begründen keine unmittelbaren eigenen Schuldverpflichtungen der Treuhänderin, sondern sind Ausdruck des Bestehens des Treuhandvertrags, der die Anteilsinhaber (durch den Erwerb der Stillen Beteiligungsscheine) dahingehend bindet, daß die Zahlungsverpflichtungen der Treuhänderin aus den Stillen Beteiligungsscheinen von der ordnungsgemäßen Erfüllung der Verpflichtungen der Bank aus dem Beteiligungsvertrag abhängen. Sollte die Bank eine nach dem Beteiligungsvertrag fällige Zahlung nicht leisten oder nicht den vollen Betrag dieser Zahlung leisten, ist die Treuhänderin nicht verpflichtet, für den Fehlbetrag aus ihren eigenen Mitteln aufzukommen. Die Treuhänderin ist in keinem Fall verpflichtet, andere Zahlungen auf die Stillen Beteiligungsscheine zu leisten, als ausdrücklich in diesen Bedingungen vorgesehen. Die Treuhänderin haftet nicht für Nichtzahlung eines an die Anteilsinhaber zahlbaren Betrags, es sei denn, die Nichtzahlung ist Folge von Handlungen oder Unterlassungen der Treuhänderin, die auf Fahrlässigkeit oder vorsätzlicher Pflichtverletzung beruhen.

Die Rechte der Treuhänderin aus dem Beteiligungsvertrag stellen Treuhandvermögen der Treuhänderin dar und werden ausschließlich auf Risiko und für Rechnung der Anteilsinhaber gehalten. Die Anteilsinhaber schulden der Treuhänderin keine Provision oder sonstige Vergütung für die Erbringung ihrer Leistungen im Hinblick auf die Stillen Beteiligungsscheine.

§3

Form der Stillen Beteiligungsscheine; Übertragung

Die Stillen Beteiligungsscheine werden durch eine Dauerglobalurkunde in Inhaberform ohne Zinsscheine (der „Inhaber-Sammelbeteiligungsschein“) verbrieft, das den Inhaber zum Erhalt aller Zahlungen der Bank an die Treuhänderin auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung berechtigen. Der Anspruch auf die Ausgabe von Einzelurkunden oder Zinsscheinen ist ausgeschlossen.

Der Inhaber-Sammelbeteiligungsschein wird bei der Deutsche Börse Clearing AG (die „Clearing AG“) verwahrt, bis alle Verpflichtungen der Treuhänderin aus den Stillen Beteiligungsscheinen erfüllt sind. Die durch den Inhaber-Sammelbeteiligungsschein verbrieften Stillen Beteiligungsscheine werden im Einklang mit den Bestimmungen der Clearing AG und außerhalb Deutschlands den Regeln des Euroclear-Systems sowie der Cedelbank, société anonyme, übertragen.

§4

Endfälligkeitstag; Rückzahlung; Keine Kündigung der stillen Beteiligung durch die Treuhänderin

(a) Endfälligkeitstag

Die Treuhänderin verpflichtet sich zur Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine vorbehaltlich der Rückzahlung der Vermögenseinlage durch die Bank am 7. Juni 2011 (dem „Endfälligkeitstag“) zum Nennbetrag oder einem niedrigeren Betrag, wie er sich durch die Zuweisung von Verlustbeteiligungen an die Stillen Beteiligungsscheine gemäß § 5 (e) ergibt, sofern dieser nicht anschließend gemäß § 5 (g) wieder auf seine volle Höhe erhöht worden ist. Die Rückzahlung der Vermögenseinlage steht nach dem Beteiligungsvertrag unter folgenden Vorbehalten: (i) Falls die Eigenkapital- (oder Solvabilitäts-) Kennziffer der Bank oder das Eigenkapital der Bank, jeweils wie gemäß den Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen zum 31. Dezember des vorherigen Geschäftsjahrs der Bank berechnet, unter dem von diesen Bestimmungen geforderten Mindestwert liegt, oder (ii) falls und soweit die Rückzahlung der Vermögenseinlage dazu führen würde, daß die Eigenmittel der Muttergesellschaft auf konsolidierter Basis die Anforderungen des deutschen Kreditwesengesetzes nicht mehr erfüllen würden, wird die Rückzahlung der Vermögenseinlage (und der Stillen Beteiligungsscheine) oder eines Teils davon aufgeschoben und ist in Höhe des aufgeschobenen Betrags nicht am Endfälligkeitstag fällig. Die Rückzahlung des aufgeschobenen Betrags zusammen mit den aufgelaufenen Zinsen, wie nachstehend vorgesehen, erfolgt (i) sobald und soweit die Eigenmittel der Muttergesellschaft auf konsolidierter Basis nach der Rückzahlung die Anforderungen des deutschen Kreditwesengesetzes erfüllen würden, und (ii) sobald die Eigenkapital- (oder Solvabilitäts-) Kennziffer der Bank und das Eigenkapital der Bank die Anforderungen der Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen erfüllen. Der aufgeschobene und jeweils rückständige Betrag wird ab dem Endfälligkeitstag (einschließlich) zu einem Jahreszinssatz, der EURIBOR (12 Monate) für ein Geschäftsjahr entspricht, zuzüglich 1,25%, verzinst. Die Zinsen werden so berechnet, wie die Gewinnbeteiligung gemäß § 5 (a) berechnet worden wäre. Der aufgeschobene Betrag der Vermögenseinlage kommt nicht in den Genuß einer etwaigen Kapitalwiederherstellungszuweisung (wie in § 5 (g) definiert) nach dem Endfälligkeitstag.

(b) Keine Rückzahlung nach Wahl der Treuhänderin; keine Kündigung des Beteiligungsvertrags durch die Treuhänderin

Die Stillen Beteiligungsscheine dürfen von der Treuhänderin zu keiner Zeit und aus keinem Grund vorzeitig zurückgezahlt werden. Unbeschadet von Rechten, die die Treuhänderin ansonsten nach geltendem Rechte hätte, darf die Treuhänderin den Beteiligungsvertrag aus keinem Grund kündigen.

(c) Keine Rückzahlung nach Wahl der Anteilsinhaber

Die Anteilsinhaber haben kein Recht, zu irgendeiner Zeit oder aus irgendeinem Grund die vorzeitige Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine zu verlangen.

§5

Gewinnbeteiligung; Ausschüttungen; Verlustbeteiligung; Kapitalwiederherstellungszuweisungen

(a) Gewinnbeteiligung

Die Stillen Beteiligungsscheine berechtigen ab dem 7. Juni 1999 (der „Ausgabetag“) (einschließlich) zum Erhalt von Ausschüttungen, die sich auf der Grundlage eines Jahreszinssatzes errechnen, der dem EURIBOR (12 Monate) (wie nachstehend definiert) entspricht, zuzüglich 1,25%, bezogen auf den Gesamtnennbetrag der Stillen Beteiligungsscheine (der dem Ursprünglichen Einlagebetrag entspricht). Die Ausschüttungen entsprechen den Zahlungen der Gewinnbeteiligung durch die Bank nach dem Beteiligungsvertrag. Die Gewinnbeteiligung besteht ab dem am 31. Dezember 1999 endenden Geschäftsjahr der Bank bis zu dem am 31. Dezember 2010 endenden Geschäftsjahr der Bank (jeweils

einschließlich) in Form einer jährlichen Ausschüttung zu einem Jahreszinssatz, der dem EURIBOR (12 Monate), zuzüglich 1,25%, bezogen auf den Ursprünglichen Einlagebetrag für dieses Geschäftsjahr entspricht.

Ausschüttungen auf die Stillen Beteiligungsscheine erfolgen nachträglich am 7. Juni eines jeden Jahres von 2000 bis 2011 (jeweils einschließlich) (jeweils ein „Ausschüttungstag“, die jeweils die gleichen Tage sind wie die Fälligkeitstage der Gewinnbeteiligung), beginnend am 7. Juni 2000 (der Ausschüttungstag für das Geschäftsjahr 1999). Die Ausschüttung für ein Geschäftsjahr wird jeweils für einen Zahlungszeitraum (der „Zahlungszeitraum“) berechnet, der dem Zeitraum vom Ausgabebetrag (einschließlich) (im Falle des ersten Zahlungszeitraums) oder einem Ausschüttungstag (im Falle der nachfolgenden Zahlungszeiträume) bis zum darauffolgenden Ausschüttungstag (ausschließlich) entspricht. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der tatsächlichen Anzahl der Tage in diesem Zahlungszeitraum und eines 360-Tage-Jahres.

EURIBOR (12 Monate) für das am 31. Dezember 1999 endende Geschäftsjahr der Bank ist 2,678 %.

Gemäß dem Beteiligungsvertrag wird der EURIBOR (12 Monate) für die nachfolgenden Geschäftsjahre der Bank von der Banque Internationale à Luxembourg S.A. als Berechnungsstelle (die „Berechnungsstelle“) am zweiten TARGET-Geschäftstag (wie nachstehend definiert) (außer Samstag oder Sonntag) vor Beginn des jeweiligen Zahlungszeitraums (jeweils ein „Festsetzungstag“) wie folgt festgesetzt:

Gemäß dem Beteiligungsvertrag ist der „EURIBOR (12 Monate)“: (i) der Angebotssatz, der am Festsetzungstag gegen 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) auf Seite 248 des Dow Jones Telerate Service („Telerate“) (oder der Seite, die diese Seite ersetzt, oder auf einem anderen elektronischen, von der Berechnungsstelle ausgewählten und von der Bank anerkannten Informationsverbreitungssystem) (die „Bildschirmseite“) (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in Euro mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, beginnend an dem Ausschüttungstag unmittelbar nach dem Festsetzungstag, angezeigt wird.

Wird an einem Festsetzungstag auf der Bildschirmseite kein Angebotssatz angezeigt oder sollte die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle von den Hauptniederlassungen von vier von der Berechnungsstelle ausgewählten, führenden Referenzbanken in der Eurozone deren jeweilige Angebotssätze für Einlagen in Euro mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, beginnend an dem Ausschüttungstag, der diesem Festsetzungstag unmittelbar folgt, gegenüber führenden Banken am Interbankenmarkt in der Eurozone um ca. 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Festsetzungstag anfordern. Falls an einem Festsetzungstag mindestens zwei solche Angebotssätze genannt werden, ist der an diesem Festsetzungstag festgesetzte EURIBOR (12 Monate) das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf ein tausendstel Prozent, wobei 0,0005 abgerundet wird) dieser Angebotssätze. Falls an einem Festsetzungstag weniger als zwei Angebotssätze genannt werden, ist der an diesem Festsetzungstag festgesetzte EURIBOR (12 Monate) das von der Berechnungsstelle ermittelte arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf ein tausendstel Prozent, wobei 0,0005 abgerundet wird) der Angebotssätze, die von der Berechnungsstelle ausgewählte führende Banken in der Eurozone der Berechnungsstelle als den Satz nennen, zu dem sie um ca. 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) an diesem Festsetzungstag Darlehen in Euro mit einer Laufzeit von zwölf Monaten, beginnend an dem Ausschüttungstag, der diesem Festsetzungstag unmittelbar folgt, führenden Banken in der Eurozone anbieten. Diese Festsetzung erfolgt unter dem Vorbehalt, daß, falls die auf diese Weise von der Berechnungsstelle ausgewählten Banken nicht wie in diesem Absatz erwähnt quotieren, der EURIBOR (12 Monate) für dieses Geschäftsjahr der Bank dem für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank gültigen EURIBOR (12 Monate) entspricht.

„TARGET-Geschäftstag“ ist ein Tag, an dem alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) betriebsbereit sind.

Die Berechnungsstelle benachrichtigt die Treuhänderin, die Hauptzahlstelle und jede Wertpapierbörse, an der die Stillen Beteiligungsscheine notiert sind, unverzüglich von dem Zinssatz, zu dem die Gewinnbeteiligung für einen Zahlungszeitraum berechnet wird, sowie der auf jeden Stillen Beteiligungsschein an einem Ausschüttungstag zahlbaren Ausschüttung. Die Hauptzahlstelle teilt den Anteilsinhabern diesen Satz, den Betrag und den Tag gemäß § 14 unverzüglich mit. Alle Zinssatzfestsetzungen für Ausschüttungen und die Beträge der an die Anteilsinhaber zahlbaren Ausschüttungen sind endgültig und für alle Parteien bindend, es sei denn, es liegt ein offensichtlicher Irrtum vor.

(b) Ausschüttungen nicht nachzahlbar

Nach dem Beteiligungsvertrag ist die Gewinnbeteiligung für ein Geschäftsjahr der Bank nur insoweit zahlbar, als diese Zahlung zusammen mit der Zahlung von Gewinnbeteiligungen für dieses Geschäftsjahr auf andere stille Beteiligungen an der Bank und sonstige Kernkapitalinstrumente (wie nachstehend definiert), die gleichrangig mit der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung sind, den Betrag des verfügbaren Ausschüttungsfähigen Gewinns (wie in Absatz (f) definiert) für dieses Geschäftsjahr der Bank nicht übersteigt. Die Zahlung der Gewinnbeteiligung für ein Geschäftsjahr der Bank steht zudem unter dem Vorbehalt, (i) daß die Eigenkapital- (oder Solvabilitäts-) Kennziffer der Bank und das Eigenkapital der Bank, jeweils wie gemäß den Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen zum 31. Dezember dieses Geschäftsjahrs berechnet, den von diesen Bestimmungen geforderten Mindestwert erreichen, und (ii), im Hinblick auf die an den Ausschüttungstagen in den Jahren 2010 und 2011 zahlbaren Gewinnbeteiligungen, daß diese Zahlung nicht dazu führen würde, daß die Eigenmittel der Muttergesellschaft auf konsoli-

dierter Basis nicht mehr die Anforderungen des deutschen Kreditwesengesetzes erfüllen würden. Die Treuhänderin hat keinen Anspruch auf Nachzahlung der für ein Geschäftsjahr ausgefallenen oder teilweise ausgefallenen Gewinnbeteiligung durch die Bank zu einem späteren Zeitpunkt. Ausschüttungen auf die Stillen Beteiligungsscheine an einem Ausschüttungstag erfolgen nur, falls und soweit Zahlungen auf die Gewinnbeteiligung an die Treuhänderin an diesem Ausschüttungstag nach dem Beteiligungsvertrag erfolgen.

(c) Keine Verpflichtung zur Verwendung von Rücklagen

Die Treuhänderin kann nicht von der Bank verlangen, Ausschüttungsfähige Rücklagen (wie in Absatz (f) definiert) für ein Geschäftsjahr der Bank zur Zahlung der Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr zu verwenden. Die Bank wird jedoch Ausschüttungsfähige Rücklagen für ein Geschäftsjahr nicht zur Zahlung von Gewinnbeteiligungen für dieses Geschäftsjahr auf andere stille Beteiligungen an der Bank oder sonstige Kernkapitalinstrumente verwenden, die gleichrangig mit der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung sind, sofern nicht der Fehlbetrag, der ansonsten bei der Zahlung der Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr auftreten würde, durch Verwendung von Ausschüttungsfähigen Rücklagen mindestens anteilig ausgeglichen wird. Falls die vollständige Zahlung der Gewinnbeteiligung für ein Geschäftsjahr der Bank den Betrag des verfügbaren Ausschüttungsfähigen Gewinns für dieses Geschäftsjahr (oder den für diese Zahlung verfügbaren Teil) überschreiten würde, muß die Bank dies gemäß dem Beteiligungsvertrag der Treuhänderin innerhalb von zehn Tagen nach Genehmigung der geprüften nicht konsolidierten Bilanz für dieses Geschäftsjahr durch den Verwaltungsrat der Bank anzeigen. Die Bank muß in dieser Anzeige angeben, ob die Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr teilweise gezahlt wird, den Betrag einer Teilzahlung und den Betrag einer der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung gemäß Absatz (e) zuzuordnenden Verlustbeteiligung. Nach Erhalt dieser Anzeige von der Bank benachrichtigt die Treuhänderin die Anteilsinhaber gemäß § 14 unter Angabe sämtlicher in der Mitteilung der Bank enthaltenen Informationen.

Nach dem Beteiligungsvertrag ist „Kernkapitalinstrument“ definiert als ein Instrument der Bank (einschließlich durch Vertrag begründeter Rechte), ausgenommen Stammaktien der Bank, das zum Zeitpunkt des Abschlusses des Beteiligungsvertrags haftendes Eigenkapital in Form von Kernkapital (Tier 1-Kapital) gemäß Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen bildet oder, falls ein Instrument von der Bank nach Abschluß des Beteiligungsvertrags gegeben wird, das zum Zeitpunkt seiner Begebung haftendes Eigenkapital in Form von Kernkapital (Tier 1-Kapital) gemäß Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen bildet.

(d) Ausschüttungen an die Gesellschafter der Bank

Gemäß dem Beteiligungsvertrag darf die Bank keine Dividendenausschüttung oder andere Ausschüttungen an Anteilseigner vornehmen oder sonstige Zahlungen für ein Geschäftsjahr der Bank an Anteilseigner der Bank oder an Inhaber einer stillen Beteiligung an der Bank, jeweils in ihrer Eigenschaft als Anteilseigner bzw. stille Gesellschafter, oder auf sonstige Kernkapitalinstrumente leisten, die nachrangig gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung sind, falls die Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr nicht in voller Höhe gezahlt wird. Falls und soweit die Bank derartige Ausschüttungen oder Zahlungen für ein Geschäftsjahr der Bank vor dem Ausschüttungstag für dieses Geschäftsjahr leistet, wird die Bank dafür sorgen, daß derartige Ausschüttungen oder Zahlungen unter der Bedingung erfolgen, daß die Empfänger diese Ausschüttung bzw. Zahlung zurückzahlen, falls sie durch den unmittelbar vorhergehenden Satz untersagt wäre. Zahlt die Bank die Gewinnbeteiligung für ein Geschäftsjahr der Bank nicht in voller Höhe, darf die Bank keine Dividendenausschüttungen oder anderen Ausschüttungen an Anteilseigner vornehmen (ausgenommen Ausschüttungen, die ausschließlich in Form von Aktien der Bank gezahlt werden) oder andere Zahlungen an Anteilseigner in ihrer Eigenschaft als Anteilseigner für dieses Geschäftsjahr oder ein zukünftiges Geschäftsjahr der Bank leisten, bis die Bank die Gewinnbeteiligung für zwei aufeinanderfolgende Geschäftsjahre in voller Höhe gezahlt hat.

(e) Verlustbeteiligung

Nach dem Beteiligungsvertrag ist die Treuhänderin bis zu dem Betrag der Ursprünglichen Vermögenseinlage an den Verlusten der Bank insoweit beteiligt, als diese Verluste die Ausschüttungsfähigen Rücklagen übersteigen. Weist die Bank für ein Geschäftsjahr einen Verlust aus und übersteigt dieser Verlust die Ausschüttungsfähigen Rücklagen für dieses Geschäftsjahr, wird der überschüssige Betrag (i) dem den Anteilseignern zugewiesenen Eigenkapital (Grundkapital und Rücklagen) der Bank, (ii) der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung, (iii) anderen stillen Beteiligungen an der Bank sowie sonstigen Kernkapitalinstrumenten und (iv) Genußrechten oder Genußscheinen der Bank sowie sonstigen Ergänzungskapitalinstrumenten (wie nachstehend definiert) zugewiesen, jeweils anteilig im Verhältnis der Beträge dieser Positionen, wie in der geprüften nicht konsolidierten Bilanz der Bank für dieses Geschäftsjahr ausgewiesen (eine „Verlustbeteiligung“). Außer wenn die Vermögenseinlage zuvor gemäß Absatz (g) wiederaufgefüllt worden ist, wird bei Rückzahlung am Endfälligkeitstag der Nennbetrag jedes Stillen Beteiligungsscheins anteilig im Verhältnis zum Gesamtnennbetrag der Stillen Beteiligungsscheine vermindert, um die Verminderung infolge der Verlustbeteiligung der Treuhänderin gemäß dem Beteiligungsvertrag widerzuspiegeln, und die Stillen Beteiligungsscheine werden zu diesen verminderten Beträgen zurückgezahlt. Nach Zahlung dieses verminderten Betrags haben die Anteilsinhaber keine weiteren Ansprüche aus den Stillen Beteiligungsscheinen.

Falls der in der geprüften nicht konsolidierten Bilanz der Bank für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank ausgewiesene Einlagebetrag infolge einer Verlustbeteiligung unter dem Ursprünglichen Einlagebetrag liegt,

erfolgt keine Ausschüttung auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung (oder die Stillen Beteiligungsscheine) an einem Ausschüttungstag. Die Ausschüttungen auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung (und die Stillen Beteiligungsscheine) werden wiederaufgenommen, sobald die in Absatz (g) beschriebene Wiederauffüllung der Vermögenseinlage abgeschlossen ist und ein ausreichender Verfügbarer Ausschüttungsfähiger Gewinn zur Verfügung steht.

Nach dem Beteiligungsvertrag ist „Ergänzungskapitalinstrument“ definiert als ein Instrument der Bank (einschließlich durch Vertrag begründeter Rechte), das zum Zeitpunkt des Abschlusses des Beteiligungsvertrages haftendes Eigenkapital in Form von Ergänzungskapital (Upper Tier 2-Kapital) gemäß Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen bildet oder, falls ein Instrument von der Bank nach Abschluß des Beteiligungsvertrags begeben wird, das zum Zeitpunkt seiner Begebung haftendes Eigenkapital in Form von Ergänzungskapital (Upper Tier 2-Kapital) gemäß Luxemburger bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen bildet.

(f) Verfügbarer Ausschüttungsfähiger Gewinn; Ausschüttungsfähige Rücklagen

Nach dem Beteiligungsvertrag ist der „Verfügbare Ausschüttungsfähige Gewinn“ für ein Geschäftsjahr definiert als der Gewinn (oder Verlust) für dieses Geschäftsjahr, abzüglich etwaiger Kapitalwiederherstellungszuweisungen (wie in Absatz (g) definiert) für dieses Geschäftsjahr, zuzüglich, im freien Ermessen der Bank, der Ausschüttungsfähigen Rücklagen (oder eines Teils davon) für dieses Geschäftsjahr.

Nach dem Beteiligungsvertrag ist „Gewinn“/„Verlust“ für ein Geschäftsjahr der Bank definiert als der Gewinn bzw. Verlust für dieses Geschäftsjahr, wie in der nach Luxemburger Recht erstellten und geprüften nicht konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für dieses Geschäftsjahr ausgewiesen. Für Zwecke der Ermittlung des Verfügbaren Ausschüttungsfähigen Gewinns ist der Gewinn für ein Geschäftsjahr ein positiver Betrag und der Verlust für ein Geschäftsjahr ein negativer Betrag.

Nach dem Beteiligungsvertrag sind „Ausschüttungsfähige Rücklagen“ für ein Geschäftsjahr der Bank die zum Ende dieses Geschäftsjahres bestehenden Gewinnrücklagen und sonstigen Rücklagen der Bank, vermindert um Verlustvorträge, die gemäß Luxemburger Recht in voller Höhe an die Aktionäre ausschüttungsfähig sind, vor Berücksichtigung eines Verlusts für dieses Geschäftsjahr.

(g) Wiederauffüllung der Vermögenseinlage

Nach dem Beteiligungsvertrag wird, falls nach einer Herabsetzung des Einlagebetrags infolge der Beteiligung der Treuhänderin an einem Verlust der Bank die Bank für ein Geschäftsjahr einen Gewinn ausweist, bis zu dem Betrag dieses Gewinns ein Betrag in folgender Reihenfolge zugewiesen (jeweils eine „Kapitalwiederherstellungszuweisung“):

- (i) Wiederauffüllung des Kapitalbetrags ausstehender Genußrechte oder Genußscheine der Bank und sonstiger Ergänzungskapitalinstrumente, die gegenüber der Beteiligung vorrangig sind, bis zum ursprünglichen Kapitalbetrag und Zahlung aller in diesem Zusammenhang fälligen Beträge gemäß den Bedingungen oder Vereinbarungen über diese Genußrechte oder Genußscheine oder sonstiger Ergänzungskapitalinstrumente; anschließend
- (ii) Wiederauffüllung des Einlagebetrags bis zum Ursprünglichen Einlagebetrag und Wiederauffüllung der Kapitalbeträge anderer stiller Beteiligungen an der Bank und sonstiger Kernkapitalinstrumente, die mit der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung gleichrangig sind, anteilig bis zu ihren ursprünglichen Kapitalbeträgen; anschließend
- (iii) Wiederauffüllung aller Vermögenseinlagen anderer stiller Beteiligungen an der Bank und Kernkapitalinstrumente, die gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten Beteiligung nachrangig sind, bis zu ihren ursprünglichen Kapitalbeträgen; anschließend
- (iv) Beseitigung von Verlustvorträgen und Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklagen der Bank; und anschließend
- (v) jede sonstige Zuführung, die nach den Luxemburger Gesetzen erforderlich ist, vor einer Zahlung der Gewinnbeteiligung.

§6 Zahlungen

(a) Zahlstellen

Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München, ist Hauptzahlstelle (die „Hauptzahlstelle“) für die Stillen Beteiligungsscheine. Die HypoVereinsbank Luxembourg Société Anonyme ist Zahlstelle in Luxemburg. Die Treuhänderin sorgt dafür, daß es, solange ein Stiller Beteiligungsschein aussteht, immer eine Hauptzahlstelle in Deutschland und eine Zahlstelle in Luxemburg gibt. Die Treuhänderin kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30

Tagen gemäß § 14 eine oder mehrere zusätzliche Zahlstellen benennen oder die Hauptzahlstelle oder eine Zahlstelle durch eine oder mehrere andere Banken oder Finanzinstitute ersetzen, die diese Aufgaben übernehmen. Die Hauptzahlstelle und die Zahlstellen handeln ausschließlich für die Treuhänderin und sind nicht Treuhänder oder Vertreter der Anteilsinhaber.

(b) Zahlungen

(i) Rückzahlungen sowie Ausschüttungen auf den Inhaber-Sammelbeteiligungsschein erfolgen an die Clearing AG zur Gutschrift auf die Konten der Hinterleger, einschließlich des Euroclear-Systems und der Cedelbank, société „anonyme.

(ii) Alle Zahlungen an die Clearing AG befreien die Treuhänderin von ihren Verpflichtungen aus den Stillen Beteiligungsscheinen in Höhe der gezahlten Beträge.

(c) Geschäftstage

Falls der Endfälligkeitstag für die Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine oder ein Fälligkeitstag für Ausschüttungen auf die Stillen Beteiligungsscheine kein Tag ist, an dem alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) betriebsbereit sind, ist die an diesem Tag fällige Zahlung an dem unmittelbar darauffolgenden TARGET-Geschäftstag fällig.

§7

Status

(a) Status der Verpflichtungen der Bank nach dem Beteiligungsvertrag

Die Zahlungsverpflichtungen der Bank nach dem Beteiligungsvertrag (einschließlich der Verpflichtung zur Zahlung der in § 9 beschriebenen zusätzlichen Beträge) stellen unbesicherte Verpflichtungen der Bank dar, die (i) im Rang den Ansprüchen aller gegenwärtigen und zukünftigen Gläubiger der Bank nachgehen (einschließlich Genußrechte und Genußscheine und gegebenenfalls sonstige Ergänzungskapitalinstrumente und andere nachrangige Verbindlichkeiten); (ii) mindestens gleichrangig sind (nach dem Anteil des zahlbaren Betrags) mit allen Ansprüchen auf die Rückzahlung von Vermögenseinlagen aus bestehenden oder zukünftigen stillen Beteiligungen an der Bank und sonstigen Kernkapitalinstrumenten und der Zahlung von Gewinnbeteiligungen auf diese; (iii) vorrangig sind gegenüber allen Ansprüchen auf die Rückzahlung von Vermögenseinlagen aus stillen Beteiligungen an der Bank, die vor dem 1. Dezember 1998 begründet worden sind, und der Zahlung von Gewinnbeteiligungen darauf; und (iv) vorrangig sind gegenüber allen Ansprüchen der Anteilseigner der Bank. Im Falle der Auflösung der Bank erhält die Treuhänderin aus dem Liquidationserlös, nach Befriedigung aller gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung vorrangiger Ansprüche, einen Betrag bis zur Höhe des Ursprünglichen Einlagebetrags ungeachtet einer vorherigen Verminderung des Ursprünglichen Einlagebetrags, zuzüglich, vorbehaltlich ausreichenden Verfügbaren Ausschüttungs-,fähigen Gewinns für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank, der aufgelaufenen und bisher nicht gezahlten Gewinnbeteiligung für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank. Dieser Anspruch der Treuhänderin ist gleichrangig (nach dem Anteil des zahlbaren Betrags) mit den Ansprüchen sonstiger bestehender oder zukünftiger stiller Beteiligungen an der Bank und sonstiger Kernkapitalinstrumente, die nach ihren Bedingungen mit der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung gleichrangig sind, und vorrangig gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung nachrangig sind, und gegenüber allen Ansprüchen der Anteilseigner der Bank. Die aufgelaufene und nicht gezahlte Gewinnbeteiligung wird für die Zwecke dieses Absatzes durch Division der tatsächlichen Anzahl der Tage vom unmittelbar vorhergehenden Ausschüttungstag (einschließlich) bis zum Tag der Zahlung (ausschließlich) durch 360 und Multiplikation des Ergebnisses durch die Gewinnbeteiligung für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank, die an dem nächsten folgenden Ausschüttungstag gemäß § 5 (a) zahlbar gewesen wäre, berechnet. Die Treuhänderin ist nicht berechtigt, im Falle der Auflösung der Bank irgendwelche Zahlungen auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung über den in diesem Absatz beschriebenen Betrag hinaus zu erhalten.

(b) Weitere Instrumente

Im Beteiligungsvertrag hat sich die Bank verpflichtet, keine weiteren stillen Beteiligungen oder sonstige Kernkapitalinstrumente, die in bezug auf die Beteiligung an den Gewinnen oder dem Vermögen der Bank (bei Auflösung oder auf sonstige Weise) gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung vorrangig sind, zu begründen oder zu begeben. Die Bank kann jedoch jederzeit weitere stille Beteiligungen an der Bank oder sonstige Kernkapitalinstrumente, die gegenüber der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung gleichrangig oder nachrangig sind, begründen oder begeben mit der Ausnahme, daß die Bank keine weiteren stillen Beteiligungen an der Bank oder sonstige Kernkapitalinstrumente, die jeweils gleichrangig mit der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung sind, begründen oder begeben darf, falls und solange die Bank die Gewinnbeteiligung an einem Ausschüttungstag während eines Zeitraums von zwei Jahren vor der Begebung dieses weiteren Instruments aus irgendeinem Grund nicht gezahlt hat.

(c) *Status der Stillen Beteiligungsscheine*

Die Zahlungsverpflichtungen der Treuhänderin aus den Stillen Beteiligungsscheinen sind untereinander gleichrangig und abhängig von der ordnungsgemäßen Erfüllung der Verpflichtungen der Bank aus dem Beteiligungsvertrag.

§8

Durchsetzung von Ansprüchen

(a) *Keine Durchsetzung von Ansprüchen der Anteilsinhaber*

In Übereinstimmung mit dem Erlaß des Großherzogtums haben die Anteilsinhaber kein unmittelbares Klagerecht gegen die Bank zur Durchsetzung ihrer Rechte aus den Stillen Beteiligungsscheinen oder zur Erfüllung der Verpflichtungen der Bank aus dem Beteiligungsvertrag. Diese Regelung gilt selbst bei Untätigkeit oder Auflösung der Treuhänderin. Das Klagerecht der Anteilsinhaber nach Luxemburger Recht, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf Rechte auf indirekte Prozesse (*action oblique*), die Gläubigern, deren Schuldner die Wahrung von Gläubigerinteressen versäumen, unter bestimmten Umständen zur Verfügung stehen, wird jedoch durch diesen § 8 in keiner Weise ausgeschlossen.

(b) *Durchsetzung von Ansprüchen der Treuhänderin*

Bei Nichtleistung einer nach dem Beteiligungsvertrag fälligen Zahlung durch die Bank kann die Treuhänderin jederzeit in eigenem Ermessen alle nach dem anwendbaren Recht verfügbaren Maßnahmen ergreifen. Die Treuhänderin hat jedoch nicht das Recht, den Beteiligungsvertrag zu kündigen. Der Treuhandvertrag begründet kein Recht eines Anteilsinhabers, von der Treuhänderin aus irgendeinem Grund die Kündigung des Beteiligungsvertrags zu verlangen. Die Treuhänderin ist nicht verpflichtet, irgendwelche Maßnahmen zur Durchsetzung eines Zahlungsanspruchs aus dem Beteiligungsvertrag zu ergreifen, es sei denn, (i) ein Anteilsinhaber hat sie dahingehend angewiesen und (ii) der Anteilsinhaber hat sie zu ihrer Zufriedenheit schadlos gehalten. In diesem Fall bezieht sich die Durchsetzung von Ansprüchen nur anteilig auf den Teil der fälligen und nicht geleisteten Zahlung, welche die Treuhänderin auf die von diesem Anteilsinhaber gehaltenen Stillen Beteiligungsscheine zu zahlen hätte. Der Nettoerlös der Durchsetzung wird nur an diesen Anteilsinhaber ausgezahlt. Abgesehen von den Bestimmungen in den zwei unmittelbar vorhergehenden Sätzen ist die Treuhänderin nicht verpflichtet, irgendwelche Mittel einzusetzen oder andere Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Beteiligungsvertrag zu ergreifen, es sei denn (A) sie ist durch einen Außerordentlichen Beschluß (wie in § 13 (a) definiert) der Anteilsinhaber dahingehend angewiesen worden oder sie ist schriftlich durch die Inhaber von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der dann ausstehenden Stillen Beteiligungsscheine dazu aufgefordert worden, und (B) sie wird durch die Anteilsinhaber zu ihrer Zufriedenheit schadlos gehalten.

(c) *Auflösungs- oder Liquidationsverfahren*

Gemäß Teil IV des Gesetzes vom 5. April 1993 betreffend den Finanzsektor (*Loi du 5 avril 1993 relative au secteur financier*) in der derzeit gültigen Fassung hat weder die Treuhänderin noch ein Anteilsinhaber das Recht, in Luxemburg ein Verfahren zur Auflösung oder Liquidation der Bank zu eröffnen. Die Treuhänderin und die Anteilsinhaber können nur bei den zuständigen Behörden in Luxemburg die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragen. Obwohl die zuständigen Behörden einen derartigen Antrag berücksichtigen können, sind sie in keiner Weise verpflichtet, ein solches Verfahren nach Eingang eines derartigen Antrags zu eröffnen. Bei der Entscheidung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen die Bank handeln die zuständigen Behörden ausschließlich in ihrem eigenen Ermessen und in Übereinstimmung mit luxemburger Recht.

§9

Besteuerung

(a) *Zahlungen gemäß dem Beteiligungsvertrag*

Die Bank hat sich in dem Beteiligungsvertrag verpflichtet, daß die Rückzahlung der Vermögenseinlage und die Zahlung der Gewinnbeteiligung für ein Geschäftsjahr der Bank ohne Abzug oder Einbehaltung gegenwärtiger oder zukünftiger Steuern, Abgaben oder sonstiger staatlicher Gebühren jeglicher Art, welche von Luxemburg oder luxemburgischen Behörden oder Gebietskörperschaften, die berechtigt sind, Steuern zu erheben, auferlegt, erhoben oder eingezogen werden (im folgenden zusammen „Quellensteuern“), erfolgen, es sei denn, der Abzug oder die Einbehaltung ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall zahlt die Bank gegebenenfalls zusätzliche Beträge, so daß die Nettobeträge, welche die Treuhänderin nach Abzug oder Einbehaltung erhält, den Beträgen entsprechen, welche sie ohne Abzug oder Einbehaltung erhalten hätte. Keine zusätzlichen Beträge sind jedoch zahlbar:

- (1) falls und soweit diese Zahlung nicht aus dem verfügbaren ausschüttungsfähigen Gewinn für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank oder dem Teil davon, der für Zahlungen im Hinblick auf die durch den Beteili-

gungsvertrag begründete stille Beteiligung (nach erfolgter Zahlung der Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr) zur Verfügung steht; oder

(2) in bezug auf Quellensteuer, die im Hinblick auf die Vermögenseinlage oder die Gewinnbeteiligung anfallen, weil ein Inhaber von Stillen Beteiligungsscheinen eine Verbindung mit Luxemburg hat, die nicht nur im Halten von Stillen Beteiligungsscheinen besteht; oder

(3) für Rechnung eines Inhabers von Stillen Beteiligungsscheinen, der diesen Abzug oder diese Einbehaltung vermeiden kann, indem er gegenüber der zuständigen Steuerbehörde erklärt, daß er kein Gebietsansässiger ist, oder eine ähnliche Erklärung zum Zwecke der Steuerbefreiung abgibt.

(b) Zahlungen auf die Stillen Beteiligungsscheine

Sämtliche Zahlungen auf die Stillen Beteiligungsscheine erfolgen durch die Treuhänderin ohne Abzug oder Einbehaltung von Quellensteuern, es sei denn, der Abzug oder die Einbehaltung ist gesetzlich vorgeschrieben. Für diesen Fall hat sich die Bank im Beteiligungsvertrag verpflichtet, der Treuhänderin gegebenenfalls zusätzliche Beträge zu zahlen, so daß (i) jeder Inhaber von Stillen Beteiligungsscheinen nach Abzug oder Einbehaltung von Quellensteuern den vollen Betrag erhält, welcher ohne diesen Abzug oder diese Einbehaltung fällig gewesen wäre, und (ii) die Treuhänderin schadlos gehalten wird in bezug auf die zusätzlichen Beträge, die die Treuhänderin an die Inhaber der Stillen Beteiligungsscheine zahlen muß, damit nach Abzug oder Einbehaltung von Quellensteuern diese Inhaber von Stillen Beteiligungsscheinen den vollen dann fälligen Betrag erhalten. Keine zusätzlichen Beträge sind jedoch auf Stille Beteiligungsscheine zahlbar:

(1) falls und soweit diese Zahlung nicht aus dem Verfügbaren Ausschüttungsfähigen Gewinn für das unmittelbar vorhergehende Geschäftsjahr der Bank oder dem Teil davon, der für Zahlungen im Hinblick auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung (nach erfolgter Zahlung der Gewinnbeteiligung für dieses Geschäftsjahr) zur Verfügung steht; oder

(2) an einen oder für Rechnung eines Inhabers von Stillen Beteiligungsscheinen, der dieser Quellensteuer unterliegt, weil er eine Verbindung mit Luxemburg hat, die nicht nur im Halten von Stillen Beteiligungsscheinen besteht; oder

(3) an einen oder für Rechnung eines Inhabers von Stillen Beteiligungsscheinen, der diesen Abzug oder diese Einbehaltung vermeiden kann, indem er gegenüber der zuständigen Steuerbehörde erklärt, daß er kein Gebietsansässiger ist, oder eine ähnliche Erklärung zum Zwecke der Steuerbefreiung abgibt.

(c) Zusätzliche Beträge

Bezugnahmen auf Zahlungen auf die durch den Beteiligungsvertrag begründete Beteiligung oder die Gewinnbeteiligung in diesen Bedingungen schließen jeweils zusätzliche Beträge in bezug auf diese Zahlungen gemäß den Absätzen (a) und (b) ein.

§10

Erhaltung des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Wie von deutschem und Luxemburger Recht gefordert, haben die Bank und die Treuhänderin im Zusammenhang mit der Begründung der stillen Beteiligung im Beteiligungsvertrag bestätigt, daß (i) die Beteiligung der Treuhänderin an den Ver.,lusten der Bank nachträglich nicht geändert werden kann, der Nachrang der Vermögenseinlage nachträglich nicht beschränkt werden kann und die Laufzeit des Beteiligungsvertrags nachträglich nicht verkürzt werden kann und (ii) jede vorzeitige Zahlung auf die an den Ausschüttungstagen in den Jahren 2010 oder 2011 zahlbaren Gewinnbeteiligungen oder jede vorzeitige Rückzahlung der Vermögenseinlage der Bank ohne Rücksicht auf entgegenstehende vertragliche Verein.,barungen zurückzugewähren sind, sofern nicht die zurückgezahlte Vermögenseinlage durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals der Bank ersetzt worden ist oder alle nach den anwendbaren Bank.,gesetzen (oder deren Auslegungsbestimmungen, einschließlich Entscheidungen der jeweiligen Bankenaufsichtsbehörden) erforderlichen Zustimmungen oder Genehmigungen, einschließlich, falls erforderlich, der Zustimmung oder Genehmigung der für die Aufsicht der Bank oder der Muttergesellschaft zuständigen Bankenaufsichtsbehörden für die Zahlung oder vorzeitige Rückzahlung eingeholt worden sind.

Durch den Erwerb der Stillen Beteiligungsscheine haben die Anteilsinhaber zugestimmt, daß es der Treuhänderin gestattet ist, ihnen eine Zahlung der Bank auf die Gewinnbeteiligung oder eine vorzeitige Rückzahlung der Vermögenseinlage (oder eines Teils davon) nicht zu zahlen, wenn die Treuhänderin vernünftigerweise der Ansicht ist, daß diese Zahlung oder vorzeitige Rückzahlung nicht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Beteiligungsvertrags und diesen Bedingungen geleistet wurden. Die Treuhänderin haftet nicht, falls diese Entscheidung auf dem Gutachten eines von der Treuhänderin ausgewählten Rechtsberaters von anerkanntem Ruf beruht. Durch den Erwerb der Stillen Beteiligungsscheine werden die Anteilsinhaber so angesehen, als hätten sie bestätigt und sich verpflichtet, der Treuhänderin jeden unter Verletzung von (ii) des vorhergehenden Absatzes erhaltenen Betrag zurückzuzahlen.

Die Treuhänderin hat nicht das Recht, Ansprüche aus der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung gegen Ansprüche der Bank aufzurechnen. Die Anteilsinhaber können keine Ansprüche aus den Stillen Beteiligungsscheinen gegen Ansprüche der Treuhänderin oder der Bank aufrechnen, und die Treuhänderin ist in keiner Weise verpflichtet, zugunsten der Anteilsinhaber Aufrechnungsrechte, Zurückbehaltungsrechte oder sonstige Gegenrechte gegenüber der Bank auszuüben. Gemäß dem Beteiligungsvertrag werden zu keinem Zeitpunkt von der Bank oder einer anderen Person Sicherheiten jedweder Art, die Rechte aus der durch den Beteiligungsvertrag begründeten stillen Beteiligung sichern, bestellt.

§11

Ersetzung

(a) Ersetzung der Treuhänderin durch die Bank

Gemäß dem Beteiligungsvertrag kann die Bank jederzeit ohne Zustimmung der Anteilsinhaber und der Treuhänderin die Banque Internationale à Luxembourg S.A. als Treuhänderin durch eine andere Bank oder ein anderes Finanzinstitut (die „Neue Treuhänderin“) ersetzen. Im Falle einer Auflösung der Treuhänderin ist die Bank verpflichtet, nach besten Bemühungen eine Neue Treuhänderin zu ernennen. Jede Ersetzung der Treuhänderin steht unter dem Vorbehalt, daß (i) die durch den Beteiligungsvertrag begründete stille Beteiligung und sämtliche anderen Rechte der Treuhänderin aus dem Beteiligungsvertrag nicht Teil der nach dem anwendbaren Liquidations- und Insolvenzrecht für die Befriedigung der bevorrechtigten und der allgemeinen Gläubiger der Neuen Treuhänderin verfügbaren Vermögensmasse der Neuen Treuhänderin sind und nicht zur Pfändung oder auf andere Weise durch oder für diese Gläubiger zur Verfügung stehen, (ii) die Neue Treuhänderin alle Verpflichtungen aus dem Beteiligungsvertrag und den Stillen Beteiligungsscheinen übernimmt, (iii) die Neue Treuhänderin alle erforderlichen bankaufsichtsrechtlichen und sonstigen Genehmigungen für die Ersetzung eingeholt hat und (iv) die Ersetzung nicht zu einer Rechtsverletzung führt.

(b) Entlassung aus den Verpflichtungen

Nach Ersetzung nach Absatz (a) wird die Banque Internationale à Luxembourg S.A. aus ihren Verpflichtungen nach dem Beteiligungsvertrag entlassen, und jede Bezugnahme auf die Treuhänderin in dem Beteiligungsvertrag gilt danach als Bezugnahme auf die Neue Treuhänderin, und jede Bezugnahme auf Luxemburg in § 9 gilt danach als Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet, in dem die Neue Treuhänderin errichtet oder steuerlich ansässig ist.

(c) Benachrichtigung der Anteilsinhaber

Die Mitteilung über eine Ersetzung nach Absatz (a) erfolgt durch die Treuhänderin oder die Neue Treuhänderin an die Anteilsinhaber gemäß 14 unverzüglich nach der Ersetzung.

§12

Finanzinformationen und Kontrollrechte der Treuhänderin

(a) Jahres- und Zwischenberichte

Gemäß dem Beteiligungsvertrag stellt die Bank der Treuhänderin auf Anforderung jeweils die von ihr für angemessen erachtete Anzahl der neuesten Jahresberichte und Zwischenberichte der Bank nach Veröffentlichung bereit. Die Treuhänderin stellt alle derartigen Berichte den Inhabern von Stillen Beteiligungsscheinen auf Anforderung zur Verfügung.

(b) Prüfungsrechte

Gemäß dem Beteiligungsvertrag ist die Treuhänderin berechtigt, wenn wichtige Gründe vorliegen, die Bücher und Papiere der Bank zu prüfen, um die Richtigkeit der Jahresabschlüsse der Bank durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, gegen die die Bank keine vernünftigen Einwände erhebt, unter dem Vorbehalt des Abschlusses angemessener Vereinbarungen zur Vertraulichkeit prüfen zu lassen. Die Treuhänderin ist nicht verpflichtet, diese Prüfung vorzunehmen, es sei denn, (i) sie wurde durch einen Außerordentlichen Beschluß der Anteilsinhaber dahingehend angewiesen oder schriftlich durch die Inhaber von mindestens einem Zehntel des Gesamtnennbetrags der dann ausstehenden Stillen Beteiligungsscheine dazu aufgefordert und (ii) sie wurde von den Anteilsinhabern gegen die Kosten dieser Prüfung zu ihrer Zufriedenheit schadlos gehalten.

(c) Erforderliche Zustimmung für bestimmte Ereignisse

Gemäß dem Beteiligungsvertrag hat sich die Bank verpflichtet, ohne vorherige Zustimmung der Treuhänderin

- (i) den Gegenstand ihres Handelsgewerbes oder ihr Geschäftsjahr, wie in ihrer Satzung festgelegt, nicht zu ändern; und

(ii) sich nicht mit einer anderen Gesellschaft zusammenzuschließen oder zu verschmelzen oder ihr gesamtes oder im wesentlichen gesamtes Vermögen an ein anderes Unternehmen zu übereignen, zu übertragen oder zu vermieten, es sei denn, das daraus resultierende, das überlebende oder das übernehmende Unternehmen übernimmt kraft Gesetzes oder durch ausdrückliche Vereinbarung alle Verpflichtungen der Bank aus dem Beteiligungsvertrag (jede(r) derartige Zusammenschluß, Verschmelzung, Übereignung, Übertragung oder Vermietung, bei der das daraus resultierende, das überlebende oder das übernehmende Unternehmen diese Verpflichtungen nicht übernehmen wird, ein „Außerordentlicher Zusammenschluß“).

Zur Einholung dieser Zustimmung muß die Bank der Treuhänderin jede beabsichtigte Änderung gemäß (i) oder jeden beabsichtigten Außerordentlichen Zusammenschluß gemäß (ii) schriftlich unter Einhaltung einer Frist von mindestens 60 Tagen vor dem geplanten Datum dieser Änderung oder dieses Außerordentlichen Zusammenschlusses mitteilen und die Treuhänderin zur Erteilung ihrer Zustimmung zu dieser Änderung oder diesem Außerordentlichen Zusammenschluß auffordern. Vorbehaltlich § 13 (b) teilt die Treuhänderin den Anteilsinhabern dies gemäß § 14 nach Eingang der Mitteilung der Bank, die eine Änderung gemäß (i) oder einen Außerordentlichen Zusammenschluß gemäß (ii) vorschlägt, mit und fordert sie zur Erteilung ihrer Zustimmung zu dieser Änderung oder diesem Außerordentlichen Zusammenschluß innerhalb von 45 Tagen nach dem Tag der Veröffentlichung dieser Mitteilung auf. Die Treuhänderin erteilt ihre Zustimmung zu der beabsichtigten Änderung oder dem beabsichtigten Außerordentlichen Zusammenschluß nur, wenn die Anteilsinhaber, die über 50% des dann ausstehenden Gesamtnennbetrags der Stillen Beteiligungsscheine repräsentieren, der beabsichtigten Änderung bzw. dem beabsichtigten Außerordentlichen Zusammenschluß schriftlich zustimmen (oder die beabsichtigte Änderung bzw. der beabsichtigte Außerordentliche Zusammenschluß durch einen Außerordentlichen Beschluß der Anteilsinhaber gemäß § 13 (a) genehmigt wird).

§13

Versammlungen der Anteilsinhaber; Änderung; Verzicht und Genehmigung

(a) Versammlungen der Anteilsinhaber finden gemäß den auf die Einberufung und Durchführung von Versammlungen von Anleihegläubigern anwendbaren Bestimmungen des Luxemburger Rechts statt, und die Mitteilungen zur Einberufung von Versammlungen der Anteilsinhaber werden zusätzlich zur Veröffentlichung gemäß § 14 im Mémorial in Luxemburg veröffentlicht. Ein Beschluß über Angelegenheiten, die die Interessen der Anteilsinhaber betreffen, einschließlich der Änderung des Beteiligungsvertrags oder dieser Bedingungen, wird durch eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen (ein „Ordentlicher Beschluß“) gefaßt. Eine Ausnahme gilt für Beschlüsse, die zu (i) einer Änderung der End-,fälligkeit der Stillen Beteiligungsscheine oder des Tags, an dem Ausschüttungen auf die Stillen Beteiligungsscheine fällig sind, (ii) einer Verminderung des Nennbetrags oder einer Verminderung des Ausschüttungssatzes auf die Stillen Beteiligungsscheine, (iii) einer Änderung der Währung für Zahlungen auf die Stillen Beteiligungsscheine, (iv) einer Zustimmung zu einer Änderung der Satzung der Bank, wie in § 12 (c)(i) beschrieben, oder eines Außerordentlichen Zusammenschlusses (es sei denn, diese Zustimmung wurde gemäß den Bestimmungen von § 12 (c) erteilt) oder (v) einer Abweichung von den Bestimmungen zur Beschlußfähigkeit oder von der für eine Beschlußfassung erforderlichen Mehrheit führen, welche nur mit einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen gefaßt werden dürfen (ein „Außer,ordentlicher Beschluß“). Eine im Hinblick auf einen Ordentlichen Beschluß beschlußfähige Versammlung besteht aus einer oder mehreren Personen, die 10% des gesamten Nennbetrags der dann ausstehenden Stillen Beteiligungsscheine halten oder vertreten, oder bei einer vertagten Versammlung aus einer oder mehreren Personen, die einen beliebigen Nennbetrag der Stillen Beteiligungsscheine halten oder vertreten. Eine im Hinblick auf einen Außerordentlichen Beschluß beschlußfähige Versammlung besteht aus einer oder mehreren Personen, die mindestens zwei Drittel oder bei einer vertagten Versammlung mindestens ein Drittel des Nennbetrags der dann ausstehenden Stillen Beteiligungsscheine halten oder vertreten. Ein auf einer Versammlung der Anteilsinhaber gefaßter Beschluß ist für alle Anteilsinhaber bindend (unabhängig davon, ob sie auf der Versammlung, auf der dieser Beschluß gefaßt wurde, anwesend oder vertreten waren).

(b) Die Treuhänderin kann ohne Zustimmung der Anteilsinhaber einer (i) Änderung (außer wie in § 13 (a) festgelegt) dieser Bedingungen oder einer Bestimmung des Beteiligungsvertrags, einer Änderung der Satzung der Bank (§12(c)) oder dem Verzicht oder der Genehmigung einer Verletzung oder beabsichtigten Verletzung einer Bestimmung des Beteiligungsvertrags durch die Bank und einer entsprechenden Verletzung oder beabsichtigten Verletzung dieser Bedingungen zustimmen, sofern die Treuhänderin entscheidet, daß sich diese Änderung, dieser Verzicht oder diese Genehmigung nicht wesentlich nachteilig auf die Interessen der Anteilsinhaber auswirkt, oder (ii) einer Änderung dieser Bedingungen, des Beteiligungsvertrages oder der Satzung der Bank (§12(c)) zustimmen, die formal, geringfügig oder technischer Art ist oder zur Korrektur eines offensichtlichen Irrtums erfolgt. Die Treuhänderin haftet nicht, falls eine Entscheidung gemäß § 13 (b) auf dem Gutachten eines von der Treuhänderin ausgewählten Rechtsberaters von anerkanntem Ruf beruht.

(c) Im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Befugnisse oder ihres Ermessens (einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf eine Änderung, einen Verzicht oder eine Genehmigung) berücksichtigt die Treuhänderin die Interessen der Anteilsinhaber als Klasse. Insbesondere berücksichtigt sie deshalb nicht die Folgen der Ausübung ihrer Befugnisse oder ihres Ermessens für einzelne Anteilsinhaber, die dadurch entstehen, daß diese in einem bestimmten Hoheitsgebiet wohnhaft oder ansässig sind oder auf andere Weise eine Verbindung mit einem bestimmten Hoheitsgebiet haben oder der Gerichtsbarkeit eines bestimmten Hoheitsgebiets unterlie-

gen. Kein Anteilsinhaber hat das Recht, von der Treuhänderin oder einer anderen Person eine Entschädigung oder sonstige Zahlung im Hinblick auf steuerliche Folgen von Handlungen oder Unterlassungen der Treuhänderin auf einzelne Anteilsinhaber zu verlangen, sofern nicht ausdrücklich in § 9 vorgesehen.

- (d) Jede im Einklang mit den vorstehenden Bestimmungen erfolgte Änderung, Verzicht oder Genehmigung ist für die Anteilsinhaber bindend und jede Änderung wird den Anteilsinhabern so bald wie möglich durch Veröffentlichung gemäß § 14 mitgeteilt.

§14

Mitteilungen

Mitteilungen an die Anteilsinhaber erfolgen durch Veröffentlichung in einem Börsenpflichtblatt in Deutschland sowie im Luxemburger Wort oder einer anderen vom Treuhänder bestimmten Tageszeitung in Luxemburg. Eine derartige Mitteilung gilt als an dem Tag der Veröffentlichung oder, falls an mehreren Tagen veröffentlicht, am Tag der ersten Veröffentlichung veröffentlicht.

§15

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen durch ein zuständiges Gericht ganz oder teilweise als ungültig, nichtig, un-,durchsetzbar oder unvollständig erachtet werden, so werden die anderen Bestimmungen dieser Bedingungen dadurch nicht berührt. Eine ungültige, nichtige, undurchsetzbare oder unvollständige Bestimmung wird durch eine gültige Bestimmung ersetzt, die soweit rechtlich möglich der wirtschaftlichen Wirkung der ungültigen, nichtigen, undurchsetzbaren oder unvollständigen Bestimmung am nächsten kommt.

§16

Anwendbares Recht; Erfüllungsort; Ausschließlicher Gerichtsstand

- (a) Der Beteiligungsvertrag unterliegt deutschem Recht und wird nach diesem ausgelegt, mit Ausnahme der Bestimmungen betreffend (i) den Status der Ansprüche der Treuhänderin auf Rückzahlung der Stillen Beteiligungsscheine und Zahlung der aufgelaufenen und bisher nicht gezahlten Gewinnbeteiligung im Falle der Auflösung der Bank und (ii) der Rechtsstellung der Treuhänderin, welche Luxemburger Recht unterliegen und nach diesem ausgelegt werden. Die Stillen Beteiligungsscheine, diese Bedingungen und der dadurch begründete Treuhandvertrag unterliegen Luxemburger Recht und werden nach diesem ausgelegt, insbesondere nach dem Erlaß des Großherzogtums.
- (b) Klagen gegen die Treuhänderin können nur bei dem zuständigen Luxemburger Gericht erhoben werden.

Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung

Stille Gesellschaftsbeteiligung des Treuhänders (Seite 22)

... mit einer Vermögenseinlage i.H.v. bis zu Euro 300 Mio.

wird wie folgt nachgetragen:

... mit einer Vermögenseinlage i.H.v. EUR 200 Mio. (Aufstockung der EUR 300 Mio Vermögens-einlage um EUR 200 Mio auf insgesamt EUR 500 Mio)...

... "Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung" vom 2. Juni 1999

wird wie folgt nachgetragen:

... "Vertrag über Stille Gesellschaftsbeteiligung (Aufstockung um EUR 200.000.000)" vom 6. Juli 1999

München, im Juni 1999

**Bayerische
Hypo- und Vereinsbank AG**